

Gedenkrede von Dr. Margareth Lun

Liebe Tiroler und Tirolerinnen, verehrte Anwesende aus nah und fern!

50 Jahre sind seit der Feuernacht vergangen. 50 Jahre ist es her, dass engagierte, mutige, vielleicht auch wagemutige Menschen in ganz Südtirol Masten gesprengt – und damit Geschichte geschrieben haben.

Ja, wer konnte damals schon ahnen, mit welcher unglaublichen, ja übermenschlichen persönlichen Opfern dieser Freiheitskampf letztendlich verbunden sein würde. Einige bezahlten diesen Kampf sogar mit ihrem Leben.

Aber was ist es genau, was unsere Freiheitskämpfer von anderen Untergrundgruppen unterscheidet? Von den Terroristen in anderen Teilen Europas, die zur selben Zeit aktiv waren? Warum sehen wir „unsere“ Männer und Frauen in einem so anderen Licht?

Ist es nur der Umstand, dass sie für *unsere* Heimat gekämpft haben, für *unsere* Zukunft? Ist es die Faszination, dass sie sich aus dem Schatten der vermeintlichen Sicherheit herausgewagt haben? Weil sie eben durchschaut haben, dass es keine Sicherheit war, sondern womöglich ihr Untergang?

Nein, das allein ist es nicht. Denn es gibt einen wesentlichen Unterschied: Im Gegensatz zu den Brigate Rosse oder zur RAF ging es „unseren“ Freiheitskämpfern nie darum, die Rechtsstaatlichkeit an sich anzugreifen. Unsere Freiheitskämpfer lassen sich nicht in ein Rechts-Links-Schema pressen, sondern sie haben rein patriotische Ziele verfolgt. Den Freiheitskämpfern, die wir heute ehren, ging es um die Würde. Um die Würde des Menschen und um die Grundwerte menschlichen Seins, ihres Schutzes und ihrer Wahrung in unserer Heimat. Es ging ihnen um Tirol.

Heute ist es wohl müßig, zu betonen, dass die Attentate einen Dominoeffekt ausgelöst haben. Die Südtirol-Problematik musste international offen gelegt und endgültig auch einer Lösung zugeführt werden. Und spätestens seit dem Mailänder Prozess musste sich endlich auch die italienische Öffentlichkeit damit auseinandersetzen.

Aber gerade wenn man diese Ereignisse genauer analysiert, kommt man zu einem verblüffenden Ergebnis: Damals hat das demokratische Nachkriegsitalien genau denselben Fehler gemacht wie auch in den folgenden Jahrzehnten immer wieder. Das Verhalten des demokratischen Staates Italien gegenüber den Minderheiten war immer bedenklich, von 1919 über die heiße Zeit der fünfziger und sechziger Jahre bis ins 21. Jh.

Hätte es nämlich ernst genommen, was sich in Südtirol tut, hätte es auf die Klagen und auf die kritischen Stimmen gehört, und hätte es zumindest 1957, unmittelbar nach der Kundgebung von Sigmundskron, eine gültige, eine brauchbare Autonomie gewährt, dann wäre es wohl nicht zu dieser Eskalation gekommen. Im Übrigen war es sogar Italien selbst, das wohlgerne schon 1953 das Thema Selbstbestimmung aufs Tapet gebracht hat, und zwar, als es die Selbstbestimmung für Triest forderte.

Heute gibt es natürlich keine Gewaltanschläge mehr. Heute kommen andere Mittel zum Zug, um den Willen des Volkes durchzusetzen. Aber es ist schon bemerkenswert, wie leichtfertig der Staat immer noch über viele Anliegen seiner Bürger, und vor allem über die seiner

Minderheiten hinweggeht. Gut, in die neue – wohlgerneht nicht demokratisch gewählte – Regierung aus Fachleuten wurden international große Hoffnungen gesetzt. Aber sie ist im Augenblick wohl ausschließlich damit beschäftigt, den Staat an einer wirtschaftlichen Katastrophe, am Staatsbankrott vorbeizumanövrieren. Ob sie allerdings mit dieser rigiden, undifferenzierten Sparpolitik dem Staat wirklich zu europäischer Reife verhelfen kann, wage ich zu bezweifeln. Dazu gehört nämlich doch mehr als allein die Wirtschaftsgebarung.

Unsere Aufgabe ist es, den Blick nach vorne zu richten. Allerdings, und das muss klar betont werden, ohne es zu versäumen, zuerst bei uns hier aufräumen. Und dazu gehört auch, einen endgültigen Schlussstrich unter den Faschismus zu ziehen und sich nicht nur halbherzig von den faschistischen Relikten – von den Ortsnamen bis zu den einschlägigen Bauwerken – zu trennen. Wir sind moralisch verpflichtet, endlich eine dauerhafte, saubere Lösung zu finden, wo sich niemand eingeladen fühlt, dem Faschismus zu huldigen, und wo nicht schon wieder italienische Identität mit faschistischem Gedankengut vermischt wird.

Was ist aus dem Bondi-Brief geworden, der im Jänner dieses Jahres eingegangen ist? Bis dato ist er amtlich gültig. Aber will das Land weiterhin Zeit ungenützt verstreichen lassen? So lange, bis er zurückgerufen wird? Oder: Wer von unseren politischen Entscheidungsträgern hat sich bisher getraut, etwas gegen den Alpini-Aufmarsch zu tun, wo schon wieder Kränze niedergelegt werden vor den faschistischen Relikten, wo wieder provoziert wird? Und das sinnigerweise genau zum 90. Jahrtag des faschistischen Marsches auf Bozen?

Mit Aufräumen meine ich aber auch noch vieles andere. Ist es nicht bedenklich, wie viel Zeit und Energie einige Politiker im Augenblick dafür verwenden, Schadensbegrenzung für die eigenen Fehler zu betreiben? Und dabei ablenkt von Versprechen, die nicht eingehalten wurden, und von Problemen, die dringend zu lösen sind? Den eigenen pekuniären Vorteil auf Kosten des Gemeinwohls in den Vordergrund zu stellen, das entspricht nicht der Tiroler Wesensart, das entspricht nicht den Tiroler Werten, und das ist unseres Landes unwürdig.

Gerechte, bestmögliche Realpolitik ja, korrekte, verantwortungsvolle Verwaltung, ja. Aber vor lauter Realpolitik fehlen mir oft die Visionen. Was mir von unserer politischen Führungsschicht immer noch fehlt, das sind konkrete Vorschläge, wie wir uns – Schritt für Schritt– aus diesem maroden Staat lösen können. Es ist einfach nicht genug, wenn das Land laut darüber nachdenkt, ob es gemeinsame mit anderen italienischen Regionen eine Verfassungsklage einreichen soll, weil „hier in unsere verbrieften Rechte, in die autonomen Zuständigkeiten eingegriffen wird“.

Das ist heute einfach zu wenig. Es ist an der Zeit, endlich Weichen zu stellen. Und ich appelliere an die politischen Entscheidungsträger, nicht nur in den Vorwahlzeiten um Stimmen zu werben, sondern auch auf die Stimmen der Bevölkerung zu hören.

Politiker sind gewählt, das Volk zu vertreten, und nicht, ein Hemmklotz zu sein, wenn es darum geht, den Weg in die Zukunft zu beschreiten. Bereits 1957, bei der Kundgebung auf Sigmundskron, hat die damals einzige deutsche Partei nicht auf das Volk gehört, und die Diplomatie als Vorwand vorgeschoben. Bis es zur Eskalation gekommen ist.

Zeigen wir auf, dass wir mündige Bürger sind! Die Einhaltung von Minderheitenrechten kann und darf nicht von Staates Gnaden abhängen. Erst kürzlich hat der ehemalige österreichische Justizminister Harald Ofner betont, dass das Recht auf Ausübung der Selbstbestimmung heute nicht mehr mit Hochverrat geahndet werden darf, sondern dass es ein selbstverständliches Recht in einem geeinten Europa ist.

Unser Anliegen ist es, unser Land, unsere Heimat weiterzubringen. Und unser Weg muss ein gemeinsamer mit Nordtirol sein. Es gilt, diese historische Chance zu nutzen. Denn Nibelungentreue, liebe Landsleute, ist hier bei Gott fehl am Platze. Eine moralische Verpflichtung, mit dem sinkenden Boot unterzugehen, gibt es weder aus historischen und schon gar nicht aus realpolitischen Gründen.

Der große deutsche Philosoph Immanuel Kant hat einmal gesagt: „Der Ziellose erleidet sein Schicksal – der Zielbewusste gestaltet es.“

Wir haben in unserem Land ein riesiges Potential – die besten Voraussetzungen, unseren eigenen Weg zu gehen. Gehen wir's also an!